

Die Evangelische Kirche im Nationalsozialismus

Erfahrungen der Kirchengemeinde Sulzburg

Von
REINHARD MIELITZ

Den freiwilligen Wechsel der Deutschen aus dem demokratischen Staat, der Weimarer Republik hieß (1919–1933), in die nationalsozialistische Diktatur können wir heute nur noch verstehen, wenn wir in die Geschichte blicken. Daß ein sehr großer Teil der Menschen, die den christlichen Kirchen, der evangelischen wie der katholischen, angehörten, diesen Übergang begrüßt hat, wollen wir nicht gerne hören und mögen wir nicht glauben. Es ist aber so, und es läßt sich auch erklären.

Während kirchentreue Katholiken bis 1933 durch die offiziellen Erklärungen ihrer Kirche auf Distanz zur NSDAP als Partei gehalten wurden, waren die Protestanten, die keine hierarchisch-autoritäre Kirche kennen, zunächst anfälliger. Als aber die NSDAP begann, unmittelbar in das kirchliche Leben einzugreifen und sich in Glaubensfragen einzumischen, entstanden in den protestantischen Kirchen unbeugsame Widerstandsgruppen, denen auch Menschen angehörten, die sich den NS-Ideen zunächst geöffnet hatten. Die Widerstandskraft der „Bekennenden Kirche“ hat die NSDAP bis zu ihrem Ende nicht überwinden können.

Warum waren viele Protestanten, auch Landesbischöfe, zunächst so anfällig für nationale, völkische und autoritäre Tendenzen?

Im „heiligen römischen Reich deutscher Nation“ waren die Evangelischen unter dem katholischen Habsburger Kaiserhaus eine Minderheit. Sie waren außerdem in über zwanzig mehr oder weniger kleine Landeskirchen zerteilt. Der große geistliche Aufbruch der Reformation war im Laufe der Jahrhunderte in der Enge des Landeskirchenalltags erstickt, ähnlich wie der politische Aufbruch der Freiheitskriege und der 48er Revolution in Kleinstaaterei und Restauration erlahmte.

Das Bismarck-Reich von 1871 war zwar nicht demokratisch und auch nur ein „kleindeutsches“ Reich, aber es war ein Nationalstaat, und es gewann unter Bismarck politische Größe und Ansehen und später unter Wilhelm II. militärische und wirtschaftliche Macht und nationalen Glanz und Pathos. Und dieses Preussen-Deutschland mit seinem protestantischen Kaiserhaus wurde von den evangelischen Kirchen als protestantischer Staat empfunden. Als dieses Reich durch völlige Überschätzung seiner wirklichen Kraft am Ende des ersten Weltkriegs zusammenbrach, war es vorbei mit Glanz und Gloria, mit Nationalstolz und Monarchie.

Sozialisten, Liberale und Katholiken unterschrieben den Vertrag von Versailles, das „Schanddiktat“. Und sie wurden von den Konservativen und Monarchisten als

„Vaterlandsverräter“, „Novemberverbrecher“ und „Erfüllungspolitiker“ verächtlich gemacht.

Die durch große Gebietsabtretungen, Reparationszahlungen und die „Kriegsschuldfrage“ gedemütigte Republik stolperte durch schwere Krisen, Putschversuche von rechts und links, eine verheerende Inflation und ständige Regierungswechsel, und sie endete schließlich in der Weltwirtschaftskrise. Dieser Staat und diese Staatsform konnten in der deutschen Bevölkerung kein Ansehen gewinnen, konnten den Deutschen ihr gebrochenes Selbstbewußtsein nicht wiedergeben.

Nur wenige große Geister und Teile der deutschen Arbeiterbewegung entwickelten aus den Erfahrungen des fürchterlichen ersten Weltkriegs Ideen von Völkerverständigung, europäischer Einheit, Pazifismus und demokratischer Kontrolle der Macht.

Die große Mehrheit des Bürgertums, die Bauern und vor allem die Akademiker, die sich voll mit dem Kaiserreich identifiziert hatten, sehnten sich zurück nach dem Glanz des starken Staates und der nationalen Größe. Daß aus einem nationalsozialistischen Staat eine Diktatur mit einem rücksichtslosen Totalitätsanspruch werden würde, konnten sich gerade die Protestanten aus den Erfahrungen mit ihren evangelischen Landesherrn am wenigsten vorstellen. Sie sahen die Gründe für das Elend im Liberalismus, in der Parteiendemokratie, im Internationalismus der Kultur und im „Weltjudentum“. Deutschlands Wiederaufstieg erhofften sie von der Stärkung des „deutschen Geistes“, „deutscher Frömmigkeit“, der Erneuerung völkischer Kultur, der Abkehr von allem Fremden und einem biologischen Rassegedanken, der einen aggressiven Antisemitismus entwickelte.

Diese Welle nationalkonservativen Denkens spülte auch den Nationalsozialismus nach oben und brachte Hitler im September 1930 seinen sensationellen Wahlerfolg.

In den evangelischen Gebieten und unter der evangelischen Bevölkerung war die nationalkonservative Bewegung besonders stark. Auch die evangelischen Pfarrer waren meist schon in ihren studentischen Korporationen stark deutschnational geprägt. Sie hatten 1918 mit dem Ende der Monarchie, mit der Abdankung des Kaisers und der deutschen Fürsten auch ihre kirchliche Obrigkeit verloren.

Die neue Obrigkeit bestand aus Demokraten, die aus der SPD, der DDP und dem Zentrum kamen, und also sozialistisch, vielleicht sogar atheistisch, liberal oder katholisch waren. Damit taten sich die Kirchen schwer. Und das Erscheinungsbild des neuen Staates war nicht geeignet, das Mißtrauen zu überwinden.

Parallel zu den Überlegungen über eine politische Reichsreform wurde Anfang der 30er Jahre eine kirchliche Verfassungsreform geplant, die im Juli 1933 zu einer Kirchenverfassung mit einer „Reichskirche“, einem „Reichsbischof“ und einer ersten deutschen Nationalsynode im September 1933 in Wittenberg führte.

In diese Richtung waren die evangelischen Landeskirchen energisch von den völkischen, nationalen und nationalsozialistischen Gruppen in der Kirche gedrängt worden, die sich als „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ zusammengeschlossen hatten.

Die NSDAP hat 1932 die „Deutschen Christen“ kräftig gefördert, weil Hitler, um die Reichstagswahlen zu gewinnen, unbedingt Stimmenanteile aus dem nationalkonservativen Lager zu sich herüberziehen wollte. Das gelang ihm auch. Bei den

preussischen Kirchenwahlen 1932 gewannen die „Deutschen Christen“ mit ihrem Bekenntnis zu „positivem Christentum“ und „artgemäßen Christenglauben“ etwa ein Drittel aller Mandate, in vielen Gebieten deutlich mehr.

Auch in anderen Landeskirchen, so auch in Baden, entstanden deutschchristliche Gruppen. Parolen der „Deutschen Christen“ zeigten unmißverständlich ihre Nähe zur NSDAP. So hieß es z. B.: Die NS-Partei bedürfe „eines starken Christentums wenn sie über Begeisterung hinaus zu Geist und Tat und Ewigkeit durchdringen soll“. Die Kirche bedürfe einer „Verbundenheit mit den von Gott geschenkten Werten: Volkstum, Rasse und Freiheit, wenn sie die ihr vom Herrn der Geschichte zugewiesene Aufgabe erfüllen“ wolle. „Kein Reich Gottes ohne das Vaterland.“¹

Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde und die braunen Kolonnen durch das Brandenburger Tor marschierten, wurde in Kanzelabkündigungen der „Dank für die nationale Erhebung“ ausgesprochen und die „Geisteswende“ mit der Reformation verglichen. „... in bewußtem Gottesglauben (würde die neue Reichsregierung d. Vf.) auf dem Trümmerfeld der unseligen November-Revolution des Jahres 1918 ein neues, freies, geeintes Deutschland aufbauen.“²

Hitler, der die katholische Kirche wegen ihrer perfekten hierarchischen Organisation bewunderte, hatte überhaupt kein Verständnis für die Kraft des christlichen Glaubens und die Unbeugsamkeit eines christlichen Gewissens.

Er ernannte den Wehrkreispfarrer Ludwig Müller zu seinem Beauftragten für Kirchenfragen. In einer Art Handstreich wurde für die preussischen Landeskirchen ein Staatskommissar eingesetzt (Mai 1933), der sofort alle gewählten Kirchenvertretungen auflöste und die Mitglieder des Oberkirchenrats beurlaubte. Alle wichtigen Stellen wurden mit Angehörigen der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ besetzt. Die Kirche sollte zentralisiert und dann wie andere Organisationen „gleichgeschaltet“ werden. Auf der ersten deutschen Nationalsynode im September 1933 in Wittenberg wurde Ludwig Müller als Reichsbischof nominiert und von den 60 Synodalen, die fast alle „Deutsche Christen“ waren, durch ein lautes „Ja“ bestätigt.

Die „Deutschen Christen“ überspannten den Bogen aber völlig, als sie in einer riesigen „volksmissionarischen“ Veranstaltung am 13. November 1933 vor 20.000 Versammelten im Berliner Sportpalast erklärten:

„Wir sind als nationalsozialistische Kämpfer gewohnt, das Ringen um die Gestaltung einer großen Idee nicht mit einem faulen Frieden abzubrechen ...

Wir erwarten, daß unsere Landeskirche als eine deutsche Volkskirche sich frei macht von allem Undeutschen in Gottesdienst und Bekenntnis, insbesondere vom Alten Testament und seiner jüdischen Lohnmoral. Wir fordern, daß eine deutsche Volkskirche ernst macht mit der Verkündigung der von aller orientalischen Entstellung gereinigten schlichten Frohbotschaft und einer heldischen Jesus-Gestalt als Grundlage eines artgemäßen Christentums, in dem an die Stelle der zerbrochenen Knechtsseele der stolze Mensch tritt, der sich als Gotteskind dem Göttlichen in sich und in seinem Volke verpflichtet fühlt.

Wir bekennen, daß der einzige wirkliche Gottesdienst für uns der Dienst an unseren Volksgenossen ist, und fühlen uns als Kampfgemeinschaft von unserem Gott verpflichtet, mitzubauen an einer wehrhaften völkischen Kirche, ..., die allein dem Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates gerecht wird.“³

In den evangelischen Landeskirchen brach daraufhin ein Sturm der Entrüstung los. Die schon bestehenden Widerstandsgruppen gegen die nationalsozialistischen Eingriffe in kirchliche Unabhängigkeit und Bekenntnisfragen wuchsen schnell an. Der Pfarrernotbund unter Martin Niemöllers Leitung, der sich bisher von allem gegen das Übergreifen des Antisemitismus in den kirchlichen Bereich gewehrt hatte, protestierte heftig. Auch Nationalsozialisten wandten sich gegen diese Form der Bekenntnisverletzung.

Der Reichsbischof mußte zurückstecken und seine offizielle Verbindung zu den „Deutschen Christen“ lösen. Die Parteiführung hatte sich schon vorher etwas abgesetzt, um die Unruhe in Partei und Bevölkerung zu dämpfen.

Die Spaltung in der deutschen evangelischen Kirche war aber längst vollzogen. In Gemeinden und Landeskirchen schlossen sich die Christen gegen die Irrlehren und die Rechtsbrüche der deutschchristlichen Pfarrer und der nationalsozialistisch beherrschten Kirchenleitungen zu Bekenntnisgemeinden und der „Bekennenden Kirche“ zusammen. Sie stellten ihr Bekenntnis vor alle politischen oder kirchenorganisatorischen Fragen und bildeten Notbünde.

Reichsbischof, Reichsregierung und Partei setzten aber ihre Versuche fort, die noch intakten Gemeinden und Landeskirchen „gleichzuschalten“. Sie arbeiteten dazu mit Intrigen, Druck und Terror. Damit scheiterten sie in Hannover und Westfalen, besonders aber in Württemberg und Bayern völlig. Pfarrer und Gemeindeglieder bekannten sich offen und demonstrativ zu ihrem Bekenntnis und zu ihren Landesbischöfen, die zeitweise unter Hausarrest standen.

In den von den „Deutschen Christen“ beherrschten Gemeinden und Landeskirchen bildeten sich oppositionelle Kirchenleitungen der Bekennenden Kirche, die sich Bruderräte nannten. Der „Reichsbruderrat“ war die „Vorläufige Kirchenleitung“ der Deutschen Evangelischen Kirche. Finanzielle Macht und staatliche Unterstützungen, blieb bei den offiziellen, von den „Deutschen Christen“ beherrschten Kirchenleitungen.

Im Mai 1934 versammelten sich in Barmen die Vertreter aller bekennenden Gruppen, Gemeinden und Landeskirchen zu einer Reichsbekenntnissynode. Dieser Synode fehlte zwar eine formale juristische Grundlage. Sie formulierte aber in 6 Thesen eine „Theologische Erklärung“, die für lutherische, reformierte und unierte Protestanten zu einem Bekenntnis wurde, das sie im Widerstand gegen alle Irrlehren verband, und das noch heute zu den Grundlagen der „Evangelischen Kirchen in Deutschland“, der EKD, gehört.

These 1 und These 5 zusammen bestimmen das Verhältnis von Kirche und Staat zueinander.

These 1 stellt die Kirche allein auf Gottes Wort und macht sie frei von allen ideologischen Ansprüchen von außen.

„Jesus Christus, wie er uns in der heilige Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Wort Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.“

These 5 erkennt die Notwendigkeit des Staates und seine ihm gegebenen Aufgaben an, zieht ihm aber gleichzeitig seine absolute Grenze.

„Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.

Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden.“

Da der NS-Staat den Menschen aber total, mit Leib und Seele forderte, war der Kampf zwischen Staats- und Führergläubigkeit und Christenglauben unvermeidbar.

*

Ganz sicher hat der Kirchenkampf, – die tiefgreifenden Auseinandersetzungen zwischen Partei, Staat und deutschchristlichen Kirchenleitungen auf der einen Seite, und der Bekennenden Kirche auf der anderen Seite –, auch ein so stilles Landstädtchen wie Sulzburg berührt. Was in Berlin von der nationalsozialistischen Reichskirchenregierung an christlich verbrämten, markigen Parolen für die evangelischen Christen ausgegeben wurde, leitete der badische Landesbischof in die Gemeinden weiter. Auf seine Anordnung wurde am Sonntag, dem 19. November 1933 folgender „Aufruf der Reichskirchenregierung zur Volksmission“ als Kanzelabkündigung von allen badischen Kanzeln, mit Sicherheit also auch in Sulzburg, verlesen. (Der Text wurde gekürzt. d. Vf.)

„Deutsche evangelische Volksgenossen!

Als unter Adolf Hitlers Führung Deutschland sich aufmachte, EIN Volk zu werden, da riß die ungestüme Kraft dieses Aufbruchs auch die evangelischen Kirchen mit, ... sie schlossen sich zusammen zur EINEN deutschen evangelischen Kirche – zum ersten Mal feierte so EINE deutsche Kirche ein großes Lutherfest. (150. Geburtstag d. Vf.) Aus dem Gedenktage ... wird das Weihefest für ein neues Haus der deutschen Kirche Martin Luthers. Dieser Tag soll zugleich der Anfang eines gemeinsamen Werkes sein. Groß steht vor uns die Aufgabe, die die gegenwärtige deutsche Schicksalsstunde unserer Kirche stellt. Es gilt den entscheidenden Kampf um die Seele des deutschen Volkes. Die Stunde der Volksmission ist da ...

Den arbeitenden Männern in unserem Volke, gleichviel welchen Standes, soll ihr Beruf wieder Gottesdienst werden, und die Kirche muß mithelfen, daß Gerechtigkeit, Friede und Freude in den Beziehungen der deutschen Menschen untereinander herrscht.

Die Frauen und Mütter sollen aus einem wahrhaft priesterlichen Herzen ihr Haus mit christlichem Geist erfüllen und ihre Kinder frei und fröhlich zu Christenmenschen erziehen.

Lehrer und Jugendführer sollen in Schule und Arbeitsdienst, in SA und HJ das junge Deutschland zur Erfurcht vor Gott und zu mannhafter Frömmigkeit führen. ...

Die Führer der Kirche gehen voran. ...

Sie (die Kirche) wird sich niemandem aufdrängen, ... wo ihr aber Gottlosetum und Neuheidentum und unchristliches Wesen entgegentreten, da wird diese neue Kirche mannhaft das Schwert des Geistes führen, nicht nur zur Verteidigung der ihr heiligen Güter, sondern zum Angriff gegen jede Zerstörung und Zersetzung. Und die Kirche wird wieder lernen, daß ihr Glaube weltüberwindend ist.

In diesem Sinn und Geist rufe ich Euch, evangelische Volksgenossen jeden Alters und jeden Standes, auf: helft mit bei diesem großen Werk der Volksmission! Haltet Euch bereit, wenn wir Euch rufen,... laßt uns in treuer Kameradschaft des Glaubens zusammenstehen! Zumal Ihr evangelischen Männer der SA, SS, des Stahlhelms, und Ihr von der nationalsozialistischen Jugend. – Ihr wißt, der Führer ruft nach diesem Dienst der Kirche im dritten Reich – enttäuschen wir ihn nicht!

Baut mit uns die deutsche Volkskirche – kämpft mit! Das Gesicht des neuen Deutschland soll das eines christlichen Volkes sein!

Berlin, den 10. November 1933 i. A. gez. Hossenfelder, Kirchenminister“

Allein diese Sprache ist für uns heute unerträglich, die wir den Mißbrauch all dieser „hehren Worte“ als Phrasen zur Verführung eines durch den verlorenen ersten Weltkrieg gedemütigten Volkes und einer glaubensbereiten Jugend erlebt haben.

Nur wenige, die diese Abkündigung von der Sulzburger Kanzel gehört haben, werden die Verlogenheit dieser Worte durchschaut haben. Der „Kampf um die Seele des deutschen Volkes“ sollte in eine ganz andere Richtung gehen. „Die Zeit des Terrors“ gegen Andersdenkende innerhalb und außerhalb der Kirche begann gerade mit voller Wucht. „Neuheidentum“ breitete sich aus, und der Führer rief zu einem ganz anderen Dienst. Wie aber sollte das einfache Gemeindeglied diesem „Trommelfeuer“ nationaler Phrasen widerstehen?

Der Landesbischof fügte in einer Ausführungsbestimmung vom 21.11.1933 hinzu: „Kirchliche Stoßtrupps aus freiwilligen Kräften sind zu gründen, die planmäßig Schlepperdienste an denen leisten, die dem gottesdienstlichen Leben entfremdet sind.“

Er ordnete an, daß in jeder Kirchengemeinde in diesem Winter mindestens drei volksmissionarische Vorträge zu halten seien und fügte die aus Berlin mitgelieferte Themenliste bei. Darin wird u. a. aufgeführt:

Gott oder Schicksal.

Mythos und Offenbarung.

Blut, Boden und Rasse im Licht des Evangeliums.

Entartung, Vererbung und Erbsünde.

Der arische Christus.

Rechtfertigung oder Selbsterlösung (der heldische Mensch).

Kirche und Arierparagraph.

Christuskreuz und Hakenkreuz (Reich Gottes und 3. Reich).

Der totale Staat und der Totalitätsanspruch Gottes.

In unserer Akte sind mit Bleistift hinter die einzelnen Themen schon die vorgesehenen Referenten notiert.

Nun möchte man annehmen, daß das alles in unserem friedlichen Markgräflerland nicht so hohe Wellen geschlagen hat. Damit aber muß man vorsichtig sein.

Der Landesbischof hatte zur Beförderung der Volksmission für jeden Kirchenbezirk „Bezirkskirchenältestentage“ angeordnet. Am 11. Februar 1934 kamen zu einem solchen Tag etwa 150 Kirchenälteste aus dem Bezirk in Müllheim zusammen, wie die „Markgräfler Nachrichten“ berichten. Als Vertreter des Landesbischofs sprach Oberkirchenrat Voges / Karlsruhe, der Landesvorsitzende der „Glaubensgemeinschaft Deutsche Christen“ über das Thema „Das Evangelium im Dritten Reich.“ Voges ermahnte die Kirchenältesten zu harter Arbeit. „Es genügt nicht, daß andere für uns geschafft haben, daß SA und SS ihr Leben für uns, für die Kirche gelassen haben.“ Der Pflug sei ins Erdreich gestoßen, nun sei es Sache der Kirchenältesten, Furchen zu ziehen, gerade und tief. ... Über eine Verbindung von Nationalsozialismus und Protestantismus könne nur der urteilen, der beides in sich trage: Martin Luther und Adolf Hitler.

„Nationalsozialismus und Protestantismus sind zwei Erscheinungen, die man nicht einfach addieren kann. ... Beide Gebilde sind Pfeile in Gottes Hand, die in der gleichen Richtung dem gleichen Ziel zufliegen.“ ... „Nationalsozialismus ist eine Vertrauens- und Glaubensbewegung. Das zeige deutlich der Hintergrund der Reden Adolf Hitlers. Hier ist der Einbruch des Evangeliums lebendig geworden. So zeigen sich immer und überall wesensverwandte Züge zwischen Nationalsozialismus und Christentum.“

Mit welchen Gedanken mögen die Kirchenältesten und Pfarrer nach dieser Rede in ihre Gemeinden zurückgekehrt sein?

Auch in Sulzburg wurden „volksmissionarische“ Veranstaltungen abgehalten. So berichtet der „Kastelberger Bote“ am 19. 3. 1934 über einen Vortrag von Pfarrer Teutsch / Laufen über „Bauerntum und Rasse“. Darin klingen unüberhörbar nazistische Blut- und Boden-Ideologie und Antisemitismus an. Von der nordischen Rasse unserer germanischen Vorfahren, die Bauern waren, ist die Rede; von germanischem Führertum, das auf freiwilligem Gehorsam gegen den Führer aufgebaut ist, vom Adel des freien Bauerntums. Dem werden die Nomaden gegenübergestellt. „Der Nomade ist von Hause aus ein Schmarotzer und darum Kommunist. ... Die Nomaden sind grausam und feige. ... Die Frau war für ihn Vermögensobjekt ... Nomaden und Siedler sollen sich daher nicht vermischen, da eine solche Verbindung nicht günstig ausfallen könne.“ – Das war sicher „Volksmission“ im Sinne des Reichsbauernführers Darré, und mit den Nomaden waren natürlich die Juden gemeint. Was aber sollte das in der Kirche?

Der Sulzburger Ortspfarrer Deßcker hielt in Sulzburg und Britzingen im Februar 1934 einen Vortrag „Wort Gottes und Altes Testament“, in dem er sich deutlich gegen die Thesen der „Deutschen Christen“ aus der Sportpalastkundgebung wandte – natürlich ohne das direkt auszusprechen. Er hob die Bedeutung der Bücher des

Alten Testaments und ihre Verknüpfung mit dem Neuen Testament hervor. „Dankbar folgten die Hörer den Ausführungen des Vortragenden“, schreiben die „Markgräfler Nachrichten“.

Vielleicht ein wenig Einblick in das Empfinden von Gemeindegliedern erhält man durch einen Zeitungsbericht über einen Vortrag Debeckers vor dem Kirchenausschuß seiner Gemeinde in Sulzburg. Nachdem er über die (zwangsweise d.Vf.) Eingliederung der Evangelischen Jugend in die Hitlerjugend berichtet hatte, sagte er in seinem Vortrag „Der totale Staat und der Totalitätsanspruch Gottes“: „Nur der wird den totalen Staat verstehen und bejahen, der sich andererseits zu dem Totalitätsanspruch Gottes versteht und bekennt. Allerdings ist das gegenseitige Verhältnis beider irrational. ... Man wird sein eigenes Volk mit ganzer Hingabe lieben und zugleich die Einheit der Menschheit im Kreuze Jesu Christi erfassen“. In dem Bericht über die Aussprache steht dann der Satz: „Manches, was besonders treue Glieder unserer Kirche bewegt und zum Teil in Unruhe versetzt, dürfte sich in der Zukunft bei gutem Willen von jeder Seite, den man wohl voraussetzen kann, befriedigend klären und lösen“.

Die Unruhe in der Gemeinde war also da.

Andererseits erstaunt uns, die wir nun wissen, wie alles weitergegangen ist, das Vertrauen und die Annahmen guten Willens. Wollte man gerne glauben, was man sich wünschte, oder war es Ahnungslosigkeit?

Man konnte zu der Zeit schon ahnen, wohin der Weg ging. Im „Staufener Tagblatt“ standen im Laufe des Jahres 1933 mehrfach sehr deutliche Berichte über Konzentrationslager in Baden, in denen nicht nur Kommunisten und Sozialdemokraten eingesperrt waren, sondern auch Zentrumsabgeordnete, und in denen schlimme Zustände herrschten.

Die tiefgreifenden Auseinandersetzungen um die Freiheit und Reinheit des christlichen Glaubens haben vielleicht nur wenige wirklich betroffen gemacht. Den täglichen Streit aber, der durch den Herrschaftsanspruch der NS-Partei gegenüber der Kirche entstand, haben in einem so kleinen Ort alle miterlebt.

Zunächst fällt wieder die Bereitschaft der Kirche auf, mit der Partei zusammenzuarbeiten, so als bestünde tatsächlich eine geistige Gemeinsamkeit. In der Zeitschrift des Evangelischen Jungmännerwerks Deutschlands heißt es im Mai 1933: „Das Evangelische Jungmännerwerk hat sich hinter den Volkskanzler Adolf Hitler gestellt und meint es ehrlich damit. Es muß daher unseren Führern gelingen mit der Jugend, die ... den Namen des Kanzlers trägt, zu einem gemeinsamen Leben für Deutschlands Freiheit, Kraft und Ehre zu kommen.“ Die Badische Landessynode beschloß im Juli: „Die Kirche ist bereit, wo ihr Dienst begehrt wird, an der religiösen Ertüchtigung der Hitlerjugend mitzuarbeiten,“ und wies die Geistlichen an, „sich dem Ruf zur Mitarbeit im Dienst der Hitlerjugend nicht (zu) entziehen, vielmehr sich dazu überall willig (zu) zeigen und bereit (zu) halten.“

Der Sulzburger Pfarrer notierte dazu auf diesem Brief Namen und Adressen der Bezirks- und Orts-HJ-Führer.

Die Zwangseingliederung der Evangelischen Jugend in die Hitlerjugend, die der Reichsjugendführer der HJ und der nationalsozialistische „Reichsbischof“ gegen den Willen vieler Landeskirchen im Dezember 1933 vereinbart hatten, führte über-

all im Reich zu großer Unruhe. Der Landesbischof forderte die Pfarrer auf, der Aufregung mäßigend zu begegnen.

In Sulzburg scheint die Eingliederung des Evangelischen Mädchenbundes und seiner Jungschar in die Hitlerjugend dagegen ohne Schwierigkeiten verlaufen zu sein. Eine Jungengruppe gab es nicht.

Dreizehn Mütter und Väter unterschrieben die Einverständniserklärung für die Doppelmitgliedschaft ihrer Tochter im BDM. In dem Begleitbrief (16. 2. 1934) zu diesen Erklärungen heißt es: „Fräulein S. (die Leiterin des Mädchenbundes d. Vf.) bemerkt in ihrem Schreiben an das Pfarramt: ‚Manche Eltern konnten ihre Einwilligung aus pekuniären Gründen nicht geben, weil schon Geschwister in der Hitlerjugend sind. In einem Fall ist die schwache Gesundheit des Mädchens Hinderungsgrund.‘ Die Namen dieser Betreffenden wurden sonderbarer Weise von ihr nicht genannt. – Mit deutschem Gruß Heil Hitler! gez. K. Deßbecker Pfr“.

Vielleicht war das gar nicht sonderbar, daß Fräulein S. die Namen der Eltern, die das Einverständnis nicht unterschrieben, nicht aufführte?

Im Dezember 1934 verfaßte der Ortspfarrer einen Bericht an das Landesjugendpfarramt über „Hitlerjugend und Kirche“ in Sulzburg. Dieser Bericht gibt nun etwas Aufschluß über die alltägliche örtliche Situation und gibt uns heutigen Grund zu direkten Fragen an uns selber.

Der Pfarrer berichtet, daß die Eingliederung des Evangelischen Mädchenbundes in die HJ unter der Leitung von Fräulein S., die zugleich Gruppen-Sportwartin des Jung-BDM ist, keine Schwierigkeiten gebracht habe. – „Die Möglichkeit zu regelmäßigem Gottesdienstbesuch ist gegeben, vor allem von der BDM-Führung aus; auch das Jungvolk gibt sich redliche Mühe. Schwierigkeiten entstehen zuweilen höchstens durch den Sportbetrieb, der aber nichts mit der HJ zu tun hat. ... Bei der HJ sind keine Einflüsse der Deutschen Glaubensbewegung wahrzunehmen. Hier ist Ring- und Gruppenführerin Fräulein Hauptlehrerin a.D.Ö., die zugleich Standortführerin des Sulzburger J-BDM und BDM ist. Sie steht der Kirche durchaus freundlich gegenüber. ... Am Staatsjugendtag übernimmt jeweils Herr Hauptlehrer M., Mitglied des Bezirkskirchenrats, die Leitung des Jungvolks. Das BDM und auch das Jungvolk sind schon öfters bei wichtigen Anlässen geschlossen zum Kirchgang angetreten, während mir von einigen Burschen der HJ bedeutet wurde, daß ihnen dieses nicht erlaubt wäre, sonst würden auch sie sich geschlossen einfinden.“

Und nun kommt ein Schlußsatz, bei dem ich mich frage, kann er ein Schlüssel zum Verständnis des Verhaltens einer Generation sein, die den Nationalsozialismus ermöglicht und dann das Dritte Reich bis zur Katastrophe mitgetragen hat?

Der Pfarrer schreibt: „Wenn ein Geistlicher über 18 Jahre in einer Gemeinde steht und von jeher als national bekannt ist, müßte es sonderbar zugehen, wenn sich die Dinge bei gutem Willen beiderseits nicht im besten gegenseitigen Einvernehmen regeln ließen.“

Das ist im Dezember 1934 geschrieben worden, gut 5 Monate nachdem ein Entsetzen durch Deutschland gegangen war, das keiner übersehen konnte. Hitler hatte nach einem fingierten Putschversuch sich zum „obersten Gerichtsherrn des Volkes“ ernannt und ohne Verhör oder Urteil alte Kampfgefährten und vermeintliche Rivalen wie Röhm und Strasser, aber auch konservative Gegner wie die Generale

v. Schleicher und v. Bredow, ermorden lassen. Etwa 200 Menschen sind in diesen zwei Tagen umgebracht worden.

Ließen sich da überhaupt noch irgendwelche „Dinge bei gutem Willen beiderseits ... in bestem gegenseitigen Einvernehmen regeln“? Hitler und die Partei hatten für alle erkennbar ihr wahres Gesicht gezeigt.

In den folgenden Jahren gab es für die Sulzburger Gemeinde die gleichen alltäglichen Schikanen und Behinderungen wie überall. SA und HJ setzten Dienst während der Gottesdienstzeiten an. Der Pfarrer fürchtete das Abhören seiner Predigten. Er wurde eines Devisenvergehens verdächtigt, weil eine Kollekte für die Äußere Mission eingesammelt worden war. Kirchliche Mitarbeiter, die gleichzeitig eine Funktion in der Partei oder HJ hatten, wurden von der Partei unter Druck gesetzt. Für die Evangelische Jugend erließ der Oberkirchenrat „Richtlinien zur Durchführung von Freizeiten und Lagern“ (27. 6. 1936): „Es ist verboten: Das Tragen von Uniformen, das Tragen von Abzeichen eines konfessionellen Jugendverbandes, das Mitführen von Bannern, Fahnen und Wimpeln, die Ausübung von Sport und Wehrsport, geschlossenes Aufmarschieren, Gruppenwandern und Zelten in der Öffentlichkeit.“ – Bestes gegenseitiges Einvernehmen bei gutem Willen beiderseits!?

Im Laufe des Jahres 1934 wurden die Rechtsbrüche, ja sogar Gewaltanwendungen, der „Reichskirchenregierung“ bei dem Versuch, die evangelischen Landeskirchen von Württemberg und Bayern gleichzuschalten, so offensichtlich, und die Unruhe unter den Gläubigen so groß, daß der badische Landesbischof (13. 11. 1934), „Um die drohende Spaltung innerhalb unserer badischen Landeskirche zu verhindern und deren Weiterbestand aufrecht zu erhalten“, seine Kirche der Einwirkung der Reichskirchenregierung entzog und die Führung selbst wieder in die Hand nahm. Die große Mehrheit der badischen Pfarrer stimmte diesem Schritt zu.

1937 war die Entwicklung dann soweit vorangekommen, daß am 18. Juli auf Anordnung des Landesbischofs von allen badischen Kanzeln ein Wort der Bekennenden Kirchen verlesen wurde.

„Liebe Glaubensgenossen!

Gebunden an den Herrn der Kirche und an den Auftrag, den wir erhalten haben, wenden wir uns in dieser Stunde schwerer Not unserer Kirche an alle evangelischen Gemeinden Deutschlands. Wir haben uns zu GEMEINSAMEM WORT und GEMEINSAMEN HANDELN ZUSAMMENGESCHLOSSEN. Als Glieder der christlichen Kirche und unseres deutschen Volkes haben wir ein Wort an den Staat gerichtet. Wir mußten darauf hinweisen, daß auf den bisher eingeschlagenen Wegen ein geordnetes Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht zustande kommen kann. Im Blick auf die von uns unternommenen Schritte versagen wir es uns, heute alle die ernstesten Anliegen aufzuzählen, die Euch und uns bewegen.

Wir bezeugen einmütig und feierlich, daß wir unseren Dienst in Kirchenregiment und Gemeinde nach der Heiligen Schrift und den Bekenntnissen unserer Kirchen weiter ausüben werden. Wir dürfen uns keiner Maßregel unterwerfen, die uns an der Ausübung unseres Dienstes hindert.

Wir nehmen unsere Pfarrer, Ältesten und Gemeindeglieder erneut in die Pflicht ... und fordern sie auf, gemeinsam mit uns in dem Kampf, der uns verordnet ist, dem

Herrn Jesus Christus als dem alleinigen Herrn der Kirche die Treue zu halten. Betet für unsere Regierung, daß sie ihre schwere Aufgabe zum Wohl des deutschen Volkes erfülle und daß sie Gott gebe, was Gottes ist! Betet für die Herstellung eines ehrlichen Friedens zwischen Staat und Kirche! Betet für alle verhafteten Brüder und Schwestern und für die bedrückten und verwaisten Gemeinden! Betet auch für uns, daß wir allezeit die Ehre unseres Herrn Jesu Christi vor Augen haben und der Obrigkeit geben, was sie nach Gottes Ordnung von uns fordern kann ... Wir kämpfen für Christus und seine Herrschaft in unserem Volke. Lasset uns festhalten am Bekenntnis und nicht müde werden! „Unser Glaube ist der Sieg, der die Welt überwunden hat.“

Damit war auch bei uns in Baden die Klarheit wieder hergestellt. Was aber war in der langen Zeit des vorsichtigen Taktierens schon an Vertrauen und Glaubwürdigkeit verlorengegangen?

Wenn es um Sulzburg geht, darf eine Frage nicht unerwähnt bleiben, das Verhältnis zu den Juden. Sulzburg hatte in dieser Zeit zwei Besonderheiten.

1. In dieser Stadt lebten seit Jahrhunderten außergewöhnlich viele Juden. Auch wenn seit der bürgerlichen Gleichstellung der Juden im Jahre 1862 ihre Zahl durch Abwanderung der jungen Leute in größere Städte mit besseren Berufsmöglichkeiten ständig abnahm, so war die jüdische Gemeinde auch 1933 noch groß. Zwischen den Juden und den Christen in Sulzburg hat es, wie die Akten zeigen, im 19. Jahrhundert offenbar ein erträgliches Mit- und Nebeneinander gegeben.

2. Die Sulzburger evangelische Gemeinde hatte von 1917 bis 1954, also vom Ende des Kaiserreichs, während der Weimarer Republik, während des Dritten Reiches und bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik hinein den gleich Pfarrer. Und dieser Pfarrer gibt sich in seinen eigenen Berichten deutlich und selbstbewußt als Judenfeind zu erkennen.

Während die Juden bisher in Sulzburg den Christen immer als Glaubensgemeinschaft gegenübergestellt wurden, bezeichnet der Pfarrer im Visitationsbericht von 1925 die Juden als RASSE und hebt durch rote Schrift hervor: „nicht Konfession“. Er schreibt: „Die hiesige Gemeinde ist nicht einheitlich und wird sich nie als Einheit fühlen, solange das jüdische Element hier so stark vertreten ist. Die jüdische Rasse (nicht KONFESSION) benützt geschickt etwa vorhandene oder auftretende Gegensätze, wie sie überall zwischen den verschiedenen Familiensippen, Ständen und Parteien einer kleinen Gemeinde vorhanden sind, und erweitert sie aus Geschäftsinteresse und Machtgelüste instinktmäßig, um sich trotz ihrer Minorität eine zu weit gehende Geltung zu verschaffen. Dieses kluge Manöver wird von den wenigsten Christen durchschaut, so daß die Juden im Trüben fischen...“ Im Visitationsbericht von 1931 wird er noch schärfer: „Das Judentum impft hier der Gemeinde den Freisinn ein, während die Juden auf ihre eigene Religion selbst strenge halten. Ich habe versucht, einen Kern der Gemeinde gegen diese Einflüsse immun zu machen, und ich glaube, daß mir das gelungen ist, sonst wäre ich bei den Juden, obwohl ich um Christi willen nicht völkisch bin, besser angeschrieben, als es der Fall ist. Der Jude würde seine eigene Seligkeit opfern, wenn er das Christentum dadurch ausrotten könnte, wofür Rußland das Schulbeispiel ist. Für den Juden ist das christliche Wesen verhaßter als die völkische Bewegung ...“

Ob diese deutliche Haltung des Pfarrers auf die Gemeinde eingewirkt hat, ob sie die so verhängnisvolle Entsolidarisierung von den jüdischen Mitbürgern bewirkt hat, läßt sich nicht direkt nachweisen. Öffentlich aufgeschrieben wurde so etwas nicht.

Das Wahlergebnis der letzten noch halbwegs freien Reichstagswahl vom 5. März 1933 zeigt in Sulzburg eine Besonderheit, und läßt vielleicht einen Schluß zu. Die NSDAP wurde mit ca. 45 % stärkste Partei und war damit in Sulzburg erfolgreicher als in den meisten Nachbarorten. Zweitstärkste Partei wurde mit 12 % der Evangelische Volksdienst, der sonst weit und breit auch in evangelischen Orten nur eine Splittergruppe blieb. Diese Partei stand der NSDAP kritisch gegenüber, war aber konservativ, national und antisemitisch. War dieses Wahlergebnis die Folge der besonderen Situation in Sulzburg?

Bei der nächsten Wahl waren dann außer der NSDAP alle Parteien verboten. Deutschland wurde Schritt für Schritt nationalsozialistisch.

Abschließend soll uns ein Satz zu denken geben, der 1937 im letzten Visitationsbericht der Sulzburger Kirchengemeinde vor dem Ende des Dritten Reiches steht, und der ganz harmlos klingt. Zu den Angaben über die Anzahl der Sulzburger Bevölkerung schreibt der Pfarrer: „Soviel ist sicher, daß die Zahl der Israeliten hier nach dem Aufbruch des Dritten Reiches durch Wegzug ins Ausland zurückgegangen ist.“

Was sagt der Pfarrer da, und was haben die Sulzburger dazu gesagt? Hat einer von ihnen gemeint, die Sulzburger Juden seien in ihre Villen im Tessin verzogen?

Die Sulzburger kannten ihre jüdischen Nachbarn, mit denen sie von Kindheit an zusammengelebt hatten. Sie hatten erlebt, wie der jüdische Zahnarzt Bloch brutal zusammengeschlagen wurde und die Stadt verließ. Sie hatten den von der Partei angeordneten Boykott der jüdischen Geschäfte am 1. April 1933 vor Augen und die Schikanen jüdischer Mitbürger durch die SA. „Wer noch beim Juden kauft, verrät das Vaterland“, stand an den Schaufensterscheiben.

Die Sulzburger Juden waren ins Ausland verzogen?

Vielleicht wußten nicht alle Sulzburger, was genau mit den jüdischen Mitbürgern geschah. Daß ihnen Unrecht geschah, wußten alle. Es war ja langsam angegangen. Zuerst hatte man sich geschämt für das, was andere taten. Man hatte wegesehen. Man konnte ja doch nicht helfen. Die wenigen, die halfen, kriegten Schwierigkeiten. Dann wurde es gefährlich und man hatte sich gefürchtet und von allem nichts mehr wissen wollen. Und damit hatten die Schlägertrupps freie Hand.

*

Die Älteren, die diese Zeit miterlebt haben, die das alles in sich zugedeckt haben und nicht mehr daran denken wollen, könnten den Jüngeren eine Hilfe geben, die NUR von ihnen kommen kann. Sie könnten ein Stück Erfahrung weitergeben. Keine erfreuliche Erfahrung, sondern ein Stück schwere, belastende Erfahrung. Sie sollten sich wieder erinnern, wie es gekommen ist, und das Schweigen endlich aufgeben. Sie sollten uns sagen, wie schnell man durch Nichtstun hilflos wird, wie schnell die ganz normale Anständigkeit verblaßt, wenn Angst einen befällt.

Sie haben erlebt und fühlen es doch im Grunde, daß sie schuldig geworden sind, als sie die Menschenwürde der verachteten jüdischen Nachbarn nicht mehr vertei-

digten, wohl nicht verteidigen konnten, und damit ihre eigene Menschenwürde verloren haben.

Als Christen wissen sie, daß Gott unser großes und unser tägliches kleines Versagen kennt, und uns doch als seine Geschöpfe annimmt. Das kann ihnen die Kraft geben zu uns von ihrem Versagen zu reden, um uns aus ihrer Erfahrung für unseren Alltag zu sagen: Menschlichkeit müßt ihr leben und für andere erhalten, solange das noch mit Menschenkraft geht. Wenn es dazu Heldenmut braucht, ist es zu spät.

Anmerkungen

Alle Zitate – soweit nicht anders angegeben – aus:

Akten des Evangelischen Pfarramtes Sulzburg. Specialia

Ordnungspl. Nr. VI 4. Betreff. Reichskirche, Reichs- und Landesbischof, Volksmission und kirchenpolitische Lage. Heft 1, 1933

Ordnungspl. Nr. XXI 10. Betreff. Das Evangelische Jugendwerk. Heft 1

Ordnungspl. Nr. IV5. Betreff. Kirchengemeinde Kirchenvisitation. Heft 1

¹ K. MEIER: Kreuz und Hakenkreuz. München 1992, S. 30.

² Ebd., S. 36.

³ E. RÖHM/J. THIERFELDER: Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Stuttgart 1981, S. 40.